

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Lehrbücher zu den Bezügen des Staatsrechts zum Völkerrecht und Europarecht	XXXIII

1. Teil. Grundlegung

1. Kapitel. Grundgesetz und „offene Staatlichkeit“	1
§ 1. Das Staatsziel der „offenen Staatlichkeit“	1
§ 2. Die Verankerung der „offenen Staatlichkeit“ im Grundgesetz	2
§ 3. Die Bezüge des Staatsrechts zum Völker- und Europarecht	3

2. Kapitel. Völkerrecht als Recht der internationalen Staatengemeinschaft

§ 4. Der Begriff des Völkerrechts	4
I. Die Definition	4
II. Begriffliche Abgrenzungen	5
1. Das interne Recht internationaler Organisationen	5
2. Das innerstaatliche „internationale Recht“	6
3. Die quasi-völkerrechtlichen Verträge	7
§ 5. Besonderheiten des Völkerrechts	7
I. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsetzung	8
II. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsdurchsetzung	8
III. Rechtsnatur und Effektivität	9
§ 6. Strukturen des Völkerrechts	10
I. Stufen der Völkerrechtsordnung	10
II. Recht der Koexistenz, der Kooperation, der Legitimität	11
III. Universelles und regionales Völkerrecht	12
1. Universelles Völkerrecht	12
2. Regionales Völkerrecht	13
§ 7. Völkerrecht und staatliches Recht	14
I. Dualismus und Monismus	14
1. Die unterschiedlichen Konzepte	14
2. Der Bedeutungswandel des Theorienstreits	15
II. Die Konzeption des Grundgesetzes	15

3. Kapitel. Europarecht als Recht der europäischen Integration

§ 8. Die europäischen Einigungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg	16
§ 9. Föderalistische Einigungsversuche	17
I. Der Europarat	17
1. Die Gründung des Europarats	17
2. Aufgabe, Organisation und Befugnisse	18
II. Die fehlgeschlagene Europäische Politische Gemeinschaft	19
§ 10. Der Weg zur Europäischen Union	19
I. Der Anstoß zur „supranationalen“ Integration	19

1. Der Schuman-Plan von 1950	19
2. Die beiden Grundprinzipien der europäischen Integration	20
a) „Supranationalität“ als Baugesetz	20
b) Die „Méthode Jean Monnet“ als Entwicklungsprinzip	21
II. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	21
1. Der Vertragsgegenstand	21
2. Der einheitliche Wirtschaftsraum	21
3. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten	22
4. Die Ergänzung um neue Politikbereiche	22
III. Die Entwicklung zur Europäischen Union	22
1. Die Europäische Politische Zusammenarbeit	22
2. Die Gründung der Europäischen Union	23
3. Revisionsverträge und Beitritt neuer Mitgliedstaaten	24
4. Das Projekt einer grundlegenden Neugestaltung	25
5. Die Reform von Lissabon	26
a) Unionsverträge und Union	26
b) Die Struktur der Union	27
§ 11. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Europäischen Union	28
I. Die verfassungsrechtliche Ermächtigung zur europäischen Integration	29
1. Die Zweifel am Umfang der ursprünglichen Ermächtigung	29
Der neue Artikel 23 GG	29
Die Diskussion um „Maastricht“ und „Lissabon“	30
Der Anlaß der Diskussion	30
Die Argumente der Vertragsgegner	30
Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	30
Das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	31

2. Teil. Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands

4. Kapitel. Die Subjekte des Völkerrechts	33
§ 12. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte	33
I. Der Begriff des Völkerrechtssubjekts	33
II. Die Arten der Völkerrechtssubjekte	33
1. Der Staat als Völkerrechtssubjekt	33
2. Staatenverbindungen und andere Völkerrechtssubjekte	34
§ 13. Der Staat im Sinne des Völkerrechts	34
I. Der Begriff des Staats	34
1. Die völkerrechtliche Staatsdefinition	34
2. Die einzelnen Staatselemente	35
Das Staatsvolk	35
Das Staatsgebiet	35
Die Staatsgewalt	35
Die Souveränität	35
3. Der Grundsatz der Effektivität	36
II. Entstehung und Untergang von Staaten	37

1. Die Entstehung von Staaten	37
a) Formen der Staatsentstehung	37
b) Völkerrechtliche Regeln der Staatsentstehung	38
2. Der Untergang von Staaten	39
a) Formen des Staatsuntergangs	39
b) Völkerrechtliche Regeln des Staatsuntergangs	39
III. Die Anerkennung des Staats im Sinne des Völkerrechts	39
1. Begriff und Gegenstand der Anerkennung	39
2. Die völkerrechtliche Wirkung der Anerkennung	40
§ 14. Staatsähnliche Völkerrechtssubjekte	41
I. Das lokale de-facto-Regime	41
1. Der Begriff des lokalen de-facto-Regimes	41
2. Die völkerrechtliche Stellung des lokalen de-facto-Regimes	41
II. Die Völkerrechtsfähigkeit von Staatsteilen	41
1. Die Teilnahme von Staatsteilen am Völkerrechtsverkehr	42
2. Der „Staat im Sinne des Staatsrechts“	42
5. Kapitel. Der völkerrechtliche Status Deutschlands	43
§ 15. Der deutsche Staat bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	43
I. Die Identität Deutschlands bis zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945	43
II. Die Grenzen des Deutschen Reichs	44
1. Deutschland in den Grenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937	44
2. Territoriale Veränderungen nach dem 31. Dezember 1937	44
a) Österreich	44
b) Das Sudetenland	45
c) Das „Protektorat Böhmen und Mähren“	47
d) Das Memelgebiet	47
e) Die Freie Stadt Danzig	47
§ 16. Viermächte-Status und Teilung Deutschlands	48
I. Die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Siegermächte	48
1. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945	48
2. Die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945	48
II. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	49
1. Das Grundgesetz als vorläufige Verfassung	49
2. Das Besatzungsstatut	50
3. Die weitere Verselbständigung der Bundesrepublik Deutschland durch die Pariser Verträge 1954	51
a) Das Pariser Vertragswerk.	51
b) Der Deutschlandvertrag (Generalvertrag).	51
III. Die Deutsche Demokratische Republik	52
1. Die Gründung der DDR	52
2. Der Vertrag über die Beziehungen der Sowjetunion zur DDR vom 20. September 1955	52
IV. Die Politik der gegenseitigen Annäherung	53
1. Die „neue Ostpolitik“	53

2. Auswirkung auf den Status Deutschlands	54
3. Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972	54
V. Die Auffassungen zum völkerrechtlichen Status Deutschlands . . .	55
1. „Deutschland als Ganzes“	55
a) Der Theorienstreit	55
b) Die Auffassungen der deutschen Völkerrechtspraxis	56
2. Der völkerrechtliche Status Berlins	59
a) Der Viermächte-Status Berlins	59
b) Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Berlin	59
3. Der Status der Gebiete jenseits von Oder und Neiße	61
a) Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie	61
b) Die Auffassung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland	63
§ 17. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	63
I. Allgemeines	64
1. Die „friedliche Revolution“ von 1989	64
2. Wege der Wiedervereinigung	64
3. Überblick	65
II. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland	65
1. Die maßgeblichen Rechtsakte	65
a) Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	65
b) Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990	66
2. Die Rechtswirkung des Einigungsvertrags	67
a) Völkerrechtliche Wirkung	67
b) Innerstaatliche Wirkung	67
III. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	69
1. Zweck und Zustandekommen	69
2. Die Beendigung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten	69
3. Völkerrechtliche Pflichten Deutschlands	70
a) Staatsgebiet und Grenzen	70
b) Sicherheitspolitische Bestimmungen	71
4. Brief der deutschen Außenminister	72

3. Teil. Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht

6. Kapitel. Die völkerrechtlichen Rechtsquellen	73
§ 18. Begriff und Arten völkerrechtlicher Rechtsquellen	73
I. Der Begriff der Rechtsquelle	73
II. Die Arten der völkerrechtlichen Rechtsquellen	73
1. Die Trias des Artikel 38 Abs. 1 IGH-Statut	73
2. Sekundäre Völkerrechtsquellen	74
§ 19. Das Völkergewohnheitsrecht	75
I. Der Begriff des Völkergewohnheitsrechts	75
II. Die Staatenpraxis	76
1. Die Organe der Staatenpraxis	76
2. Die Akte der Staatenpraxis	77
3. Der persönliche Umfang der Staatenpraxis	77
4. Die Dauer der Staatenpraxis	78

III. Die Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	78
IV. Die Ermittlung konkreter gewohnheitsrechtlicher Regeln	79
1. Das Problem	79
2. Die klassischen Hilfsmittel: Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen	79
a) Entscheidungen internationaler Gerichte	80
b) Die Lehrmeinungen völkerrechtlicher Autoren	80
3. Die neuen Hilfsmittel: Resolutionen von Staatenkonferenzen und internationalen Organisationen	81
§ 20. Der völkerrechtliche Vertrag	82
I. Begriff und Abgrenzung	82
1. Der Begriff des völkerrechtlichen Vertrags	82
2. Die Völkerrechtsfähigkeit der Vertragsparteien	82
3. Die Begründung völkerrechtlicher Rechte und Pflichten	83
II. Die vertragliche Kodifikation von Völkerrecht	83
§ 21. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Kulturnationen	84
I. Der Begriff	84
II. Die Bedeutung der Grundsätze	85
§ 22. Die Rechtsetzung durch internationale Organisationen	85
I. Beschlüsse internationaler Organisationen als sekundäre Rechtsquellen	85
II. Die Arten der Beschlüsse internationaler Organisationen	87
1. Organisationsinterne Regelungen	87
2. Außengerichtete Regelungen	87
a) Beschlüsse mit unmittelbarer Bindungswirkung	87
b) „Gemischte“ Rechtsetzungsverfahren	88
c) Die Empfehlungswirkung bei Fehlen einer besonderen Regelung	88
7. Kapitel. Das Recht der Verträge	89
§ 23. Die Quellen des Rechts der Verträge	89
§ 24. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge	90
I. Die Willenseinigung der Vertragsparteien	90
II. Die zur Abgabe einer Vertragserklärung befugten Organe	90
III. Die Stadien des Vertragsschlusses	90
1. Das einphasige Verfahren	90
2. Das mehrphasige (zusammengesetzte) Verfahren	90
a) Die Festlegung des Vertragstextes	91
b) Die Herbeiführung der Vertragsbindung	91
IV. Die Registrierung des Vertrags	92
V. Vorbehalte beim Vertragsschluss	93
1. Der Begriff des Vorbehalts	93
2. Die Regelung des Vorbehalts bei multilateralen Verträgen im Wiener Vertragsrechtsübereinkommen (1969)	95
a) Die Zulässigkeit eines Vorbehalts	95
b) Die Wirkung des zulässigen Vorbehalts	95
c) Die Wirkung des unzulässigen Vorbehalts	96
d) Die Rücknahme des Vorbehalts	97

§ 25.	Die Mängel des Vertragsschlusses	97
	I. Das Problem der Vertragsschlussfähigkeit	97
	II. Die Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften eines Vertragspartners	98
	III. Willensmängel	99
	1. Anfechtungsgründe	100
	2. Nichtigkeitsgründe	100
	IV. Die Rechtswidrigkeit des Vertragsgegenstandes:	
	das völkerrechtliche ius cogens	101
	1. Der Begriff des „zwingenden Völkerrechts“	101
	2. Die Problematik des ius cogens	101
	3. Vertragliches ius cogens?	102
§ 26.	Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge	102
	I. Die allgemeine Grundregel	103
	1. Die Auslegungsvorschrift des Art. 31 Abs. 1 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens (1969)	103
	2. Der Vertragskontext als Grundlage der Auslegung	103
	II. Ergänzende Auslegungsmittel	104
	III. Die Auslegung mehrsprachiger Verträge	104
	1. Mehrsprachige Vertragstexte	104
	2. Besondere Auslegungsregeln	104
§ 27.	Die Beendigung von Verträgen	104
	I. Im Vertrag vorgesehene Beendigungsgründe	104
	II. Die nachträgliche Unmöglichkeit der Erfüllung	105
	III. Der Rücktritt vom Vertrag	105
	1. Rücktritt wegen einer schweren Vertragsverletzung	105
	2. Rücktritt wegen einer wesentlichen Änderung der Umstände	105
	IV. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses wegen Kriegsausbruchs	106
	V. Die Beendigung eines Vertrags im Falle des Untergangs einer Vertragspartei	106
8. Kapitel. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Schaffung von Völkerrechtsnormen		
§ 28.	Die auswärtige Gewalt	107
	I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt	107
	II. Auswärtige Gewalt und Gewaltenteilung	109
	III. Die Beschränkung der auswärtigen Gewalt durch Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen	109
§ 29.	Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	110
	I. Die Kompetenz des Bundes	110
	1. Die grundsätzliche Regelung	110
	2. Die Pflicht zur Anhörung besonders betroffener Bundesländer	112
	II. Die Landeskompentenz	112
	1. Die Regelung in Art. 32 Abs. 3 GG	112
	a) Die Landeskompentenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge	112
	b) Das Erfordernis der Zustimmung der Bundesregierung	114

c) Das Problem einer konkurrierenden Vertragskompetenz des Bundes	114
2. Die „Lindauer Absprache“ vom 14. November 1957	116
§ 30. Die Kompetenzverteilung im Rahmen der auswärtigen Gewalt des Bundes	117
I. Die Vertretungsbefugnis	117
1. Die Vertretung durch den Bundespräsidenten	117
2. Die Delegation der Vertretungsbefugnis	118
II. Die Entscheidungsbefugnis	118
1. Die Zuständigkeit der Exekutive	118
2. Die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften	119
a) Der Gegenstand der Mitwirkung	119
b) Der Inhalt des Mitwirkungsrechts	121
c) Die vorweggenommene Ermächtigung	122
d) Mitwirkung bei Änderungsverträgen	122
§ 31. Insbesondere: die zustimmungsbedürftigen Verträge	123
I. Die in Art. 59 Abs. 2 GG genannten Verträge	123
1. Die „politischen“ Verträge	123
2. Die „gesetzesinhaltlichen“ Verträge	123
a) Die Bezugnahme auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung	123
b) Ausschluss verfassungsändernder Verträge	124
c) Verträge im Rahmen einer Verordnungsermächtigung	124
d) Das Problem der Parallelabkommen	125
3. Die Verwaltungsabkommen des Bundes	125
a) Der Begriff des Verwaltungsabkommens im Sinne des Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG	125
b) Die Mitwirkung des Bundesrats	126
II. Die Übertragung von Hoheitsrechten (Art. 24 Abs. 1 GG)	126
1. Die Verfassungsentscheidung für die „supranationale Integration“	126
2. Die verwendeten Begriffe im Einzelnen	127
3. Die Mitwirkung der Legislative	128
4. Sonderfragen	129
III. Die Friedensregelung	131
IV. Problematische Fälle	131
1. Gebietsabtretung und Grenzregelung	131
2. Verträge, die den Haushalt betreffen	132
§ 32. Die richterliche Kontrolle der auswärtigen Gewalt	133
I. Auswärtige Gewalt und „gerichtsfreier Hoheitsakt“	133
1. Die Lehre vom gerichtsfreien Hoheitsakt	133
2. Grundgesetz und gerichtliche Kontrolle	134
II. Materiellverfassungsrechtliche Bindungen der auswärtigen Gewalt	134
1. Staatszielbestimmungen und Verfassungsgrundsätze	135
a) Die Grundsätze im Einzelnen	135
b) Die Wirkung der Leitgrundsätze	135
2. Die Achtung der Grundrechte	136
a) Die Reichweite der Grundrechte	136

b) Die der deutschen Staatsgewalt zurechenbaren Maßnahmen	136
c) Einschränkungen der Grundrechtsbindung	137
III. Verfassungsgerichtliche Kontrollverfahren	139
1. Abstrakte Normenkontrolle und Organstreitigkeiten	139
a) Verfassungsgerichtliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge	139
b) Verfassungsgerichtliche Kontrolle anderer Akte der auswärtigen Gewalt	139
2. Die Verfassungsbeschwerde	140
3. Die konkrete Normenkontrolle	141
4. Völkerrechtliche Folgen	141
IV. Die richterliche Inzidentprüfung von Akten der auswärtigen Gewalt	141

4. Teil. Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland

9. Kapitel. Grundsätzliche Probleme der Einbeziehung

von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich 143

§ 33. Die Typen staatlicher Regeln zur Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	143
I. Das Problem	143
II. Typische Formen der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	144
1. Die Transformation	144
2. Die Adoption (Inkorporation)	144
3. Die Vollzugslehre	144
§ 34. Einzelfragen der Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	145
I. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	145
1. Die Begriffsbestimmung	145
2. Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit	146
II. Die Rangfrage	146

10. Kapitel. Die Übernahme völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung 147

§ 35. Die Übernahme der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in den innerstaatlichen Bereich	147
I. Die Übernahmevorschrift des Art. 25 GG	147
II. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	147
1. Die Rechtsquelle der allgemeinen Regeln	147
a) Das Problem	147
b) Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	148
2. Die Allgemeinheit der Regeln des Völkerrechts	148
3. Die Stufen der Ermittlung konkreter Normen in der Praxis	150
III. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln als Bestandteil des Bundesrechts	151
1. Transformation oder Adoption?	151

2. Beschränkung auf die Übernahme „unmittelbar anwendbarer“ Normen?	151
IV. Der Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	152
1. Das Verhältnis zur Verfassung	152
2. Die Meinungen	153
3. Ergebnis	153
V. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	154
1. Die Feststellung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts	154
a) Die Normenverifikation durch das Bundesverfassungsgericht	154
b) Die einzelnen Voraussetzungen der Vorlagepflicht	154
c) Die Rechtsfolge der Verifikation	155
2. Der verfassungsgerichtliche Individualrechtsschutz bei Missachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts	155
§ 36. Die Übernahme völkerrechtlichen Vertragsrechts in den innerstaatlichen Bereich	156
I. Die Übernahmevorschrift	156
II. Die Regelung für politische und gesetzesinhaltliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG)	157
1. Die Doppelfunktion des Vertragsgesetzes	157
2. Transformation oder Vollzug?	157
3. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	159
a) Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit	159
b) Die Bestimmung der unmittelbaren Anwendbarkeit eines Vertrages	160
4. Der Rang der Vertragsregelung im innerstaatlichen Bereich . . .	162
III. Die Einbeziehung von Verwaltungsabkommen und bindenden Beschlüssen zwischenstaatlicher Einrichtungen in den innerstaatlichen Bereich	163
1. Verwaltungsabkommen	163
2. Bindende Beschlüsse zwischenstaatlicher Einrichtungen	163
IV. Die Einbeziehung von Verträgen des Bundes über Gegenstände der ausschließlichen Länderzuständigkeit	164
V. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Bereich	164
1. Die maßgeblichen Auslegungskriterien	164
2. Der maßgebliche Vertragstext	164
3. Die Auslegungsvereinbarung	165
§ 37. Die Einwirkung übertragener Hoheitsrechte in den innerstaatlichen Bereich	166
I. Artikel 24 Abs. 1 GG als „Integrationshebel“	166
II. Die Öffnung des innerstaatlichen Bereichs	166
1. Die Adoptionslehre	166
2. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Öffnung des innerstaatlichen Bereichs	167

a)	Der Schutz der Grundstruktur der Verfassung	167
b)	Das Gebot der ausreichenden Bestimmtheit	168
c)	Die Sicherung der verfassungsrechtlichen Grenzen	168
III.	Der Rang des „supranationalen“ Rechts im innerstaatlichen Bereich	170
1.	Die Rangregel	170
2.	Die Anerkennung des Vorrangs durch Art. 24 Abs. 1 GG	171
3.	Die verfassungsgerichtliche Sicherung der vorrangigen Anwendung des supranationalen Rechts	171
§ 38.	Die sonstige Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	171
I.	Spezielle Übernahmen und Verweisungen	172
II.	Der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	172
III.	Die Berücksichtigung von „Soft Law“	173

5. Teil. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union

11. Kapitel.	Die Grundlagen der Europäischen Union	175
§ 39.	Die „neue Stufe“ einer „immer engeren Union“	175
I.	Die Grundlagenverträge	175
II.	Besonderheiten der Verträge	176
1.	Rechtsnatur der Verträge	176
2.	Auslegung	177
3.	Zurückbleiben und Verstärkte Zusammenarbeit	178
4.	Vertragsänderung	179
5.	Beitritt neuer Mitgliedstaaten	180
a)	Regelung auf Unionsebene (Art. 49 EUV)	180
b)	Regelung auf verfassungsrechtlicher Ebene	180
6.	Vertragsdauer	181
§ 40.	Die Unionsbürgerschaft	182
I.	Allgemeines	183
II.	Unionsbürger	183
III.	Rechte und Pflichten	183
1.	Überblick	183
2.	Aufenthalt im Unionsgebiet	184
3.	Kommunalwahlrecht	184
4.	Wahl zum Europäischen Parlament	184
5.	Schutz des Unionsbürgers in Drittstaaten	185
§ 41.	Die Verfassungsprinzipien der Union	185
I.	Grundwerte	185
II.	Grundrechte	187
1.	Überblick	187
2.	Die Charta der Grundrechte	188
III.	Die demokratische Legitimation der Union	189
1.	Bestimmungen über demokratische Grundsätze	190
2.	Demokratie und zwischenstaatliche Einrichtung	190
3.	Die beiden Legitimationstränge	191

4. Ein „demokratisches Defizit“?	192
5. Die unmittelbare Beteiligung der <i>nationalen</i> Parlamente	193
§ 42. Die Ziele der Union	195
I. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	195
1. Zweck	195
2. Aufgabenbereiche	195
II. Die Errichtung eines Binnenmarkts einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte	196
III. Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist	196
IV. Die Grundsätze der Außenbeziehungen einschließlich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	197
12. Kapitel. Organe und Tätigkeit der Europäischen Union	198
§ 43. Der organisatorische Aufbau	198
I. Allgemeines	199
1. Haupt- und Nebenorgane	199
2. Das institutionelle Gleichgewicht	199
II. Der Europäische Rat	200
III. Der Rat	200
1. Allgemeines	201
2. Die Beschlussfassung im Rat	202
3. Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	202
4. Die Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat im Entscheidungsprozess des Rates	203
a) Die europäische Innenpolitik	203
b) Rechte des Bundestages	203
c) Rechte der Länder	203
IV. Das Europäische Parlament	205
1. Allgemeines	205
2. Gesetzgebungsbefugnisse	205
3. Politische Wahl- und Kontrollrechte	206
4. Zusammensetzung	206
5. Wahlverfahren	207
V. Die Kommission	207
1. Zusammensetzung	207
2. Aufgaben	208
3. Wahl der Kommission	208
VI. Der Europäische Gerichtshof	209
1. Das Gerichtssystem	209
2. Die Zusammensetzung des Gerichtshofs	209
3. Die Aufgaben des Gerichtshofs	210
VII. EZB und Rechnungshof	210
§ 44. Die Rechtsakte der Union	211
I. Die Grundlagen	211
1. Stufen des Unionsrechts	211
2. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	212
a) Verbands- und Organkompetenz	212

b) Die Grundregel	212
c) Die Möglichkeit der Kompetenzergänzung	212
d) Spezifizierte und unspezifizierte Rechtsakte	213
II. Die Rechtsakte gemäß Art. 288 AEUV im Einzelnen	213
1. Die Verordnung	213
2. Der Beschluss	213
3. Die Richtlinie	214
a) Begriff	214
b) Wirkungen	214
4. Empfehlung und Stellungnahme	216
§ 45. Die Kontrolle von Auslegung und Gültigkeit des Rechts der Union durch den EuGH	217
I. Das Vorabentscheidungsverfahren	217
1. Bedeutung	217
2. Vorlagefähige Fragen	218
3. Vorlageberechtigtes Gericht	218
4. Vorlagepflicht	218
5. Urteilswirkung	219
II. Die Nichtigkeitsklage	219
1. Gegenstand der Klage	220
2. Die Klagebefugnis	220
3. Die Klagegründe	221
4. Die Klagefrist	221
5. Die Urteilsfolgen	221
III. Die Untätigkeitsklage	221
IV. Die Amtshaftungsklage	222
13. Kapitel. Unionsgesetzgebung und Mitgliedstaaten	222
§ 46. Modalitäten des Kompetenzverhältnisses	222
I. Allgemeines	222
II. Ausschließliche Kompetenz der Union	223
III. Geteilte Kompetenz	223
IV. Parallele Kompetenz	224
V. Ausnahmen zugunsten mitgliedstaatlicher Handlungsbefugnisse	224
§ 47. Schranken der Unionskompetenzen	224
I. Das Prinzip der Subsidiarität	224
1. Der Subsidiaritätsgedanke	225
2. Die Regelung in den Verträgen	225
II. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	226
III. Die gerichtliche Überprüfung	226
14. Kapitel. Europäisches Unionsrecht im staatlichen Rechtsraum	227
§ 48. Geltung, Anwendbarkeit und Vorrang des Unionsrechts	228
I. Die innerstaatliche Geltung des Unionsrechts	228
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Unionsrecht	228
1. Die unionsrechtliche Unterscheidung	228
2. Die unmittelbare Anwendbarkeit	228
3. Das nicht unmittelbar anwendbare Unionsrecht	229

III. Der Vorrang des Unionsrechts	230
1. Grundlage	230
2. Inhalt	231
a) Allgemeines	231
b) Anwendungsvorrang	231
IV. Die Sicherung von Anwendung und Vorrang des Unionsrechts . .	231
1. Das unionsrechtliche Vertragsverletzungsverfahren	231
2. Die Verfassungsbeschwerde	232
3. Staatshaftung	233
§ 49. Grenzen von innerstaatlicher Geltung und Vorrang des Unionsrechts . .	234
I. Grundsatz	234
1. Die Auffassung des EuGH	234
2. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	235
a) Der mitgliedstaatliche Schutzbereich	235
b) Identitäts- und Ultra-vires-Kontrolle	236
II. Kontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	236
1. Bundesverfassungsgerichtlicher Verfahrensvorbehalt	236
2. Rüge einer Grundrechtsverletzung	237
3. Identitätskontrolle durch den deutschen Staatsbürger	238
§ 50. Der Vollzug des Unionsrechts	238
I. Grundsatz des „indirekten Vollzugs“	238
II. Einfluss auf das staatliche Recht	239

6. Teil. Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche der Staaten

15. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich im Raum	241
§ 51. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit	241
§ 52. Das Staatsgebiet	242
I. Umfang und Grenzen des Staatsgebiets	242
1. Der Umfang des Staatsgebiets	242
2. Die Grenzen des Staatsgebiets	242
a) Das Prinzip des „uti possidetis“	242
b) Grenzflüsse	242
c) Grenzseen	243
3. Die deutschen Grenzen	243
II. Sonderregelungen im Interesse des internationalen Verkehrs	244
1. Schiffsverkehr auf Flüssen	244
a) Allgemeine Regeln	244
b) Der Rhein	245
c) Die Donau	246
d) Die Mosel	246
e) Die Elbe	246
f) Oder und Lausitzer Neisse	247
g) Der Main-Donau-Kanal	247
2. Interozeanische Kanäle	247
III. Maritime Eigengewässer	248
1. Allgemeine Regeln	248
2. Die Seehäfen	248

IV. Das Küstenmeer	248
1. Der Begriff des Küstenmeeres	248
2. Die Abgrenzung des Küstenmeeres	249
3. Das völkerrechtliche Regime des Küstenmeeres	250
a) Das Recht der friedlichen Durchfahrt	250
b) Schranken der Hoheitsgewalt des Küstenstaats	250
V. Der Luftraum	251
§ 53. Territoriale Kompetenzen jenseits des Küstenmeeres	252
I. Das UN-Seerechtsübereinkommen (1982)	252
II. Der Festlandssockel	253
1. Der Begriff des Festlandssockels	253
2. Das Regime des Festlandssockels	254
III. Anschluss- und Wirtschaftszonen	254
1. Die Anschlusszone	254
2. Die Ausschließliche Wirtschaftszone	254
IV. Die Hohe See	255
1. Der Begriff der Hohen See	255
2. Die Freiheit der Hohen See	255
3. Insbesondere: die Freiheit der Schifffahrt	256
4. Der Tiefseeboden	257
16. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich hinsichtlich	
der Personen	257
§ 54. Die Staatsangehörigkeit	257
I. Begriff und Abgrenzung	257
1. Die Staatsangehörigkeit natürlicher Personen	257
2. Die Staatszugehörigkeit	258
3. Die Unionsbürgerschaft	259
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	259
1. Die maßgebliche Rechtsordnung	259
2. Völkerrechtliche Schranken des staatlichen Ermessens	259
3. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit	260
a) Der Erwerb mit der Geburt	260
b) Der nachträgliche Erwerb	260
4. Der Verlust der Staatsangehörigkeit	261
5. Mehrstaater und Staatenlose	261
§ 55. Die deutsche Staatsangehörigkeit	262
I. Allgemeines	262
II. Die Erwerbs- und Verlustgründe im Recht der Bundesrepublik Deutschland	262
1. Die Rechtsgrundlage	262
2. Die Erwerbsgründe	262
a) Erwerb mit der Geburt	262
b) Einbürgerung	263
3. Die Verlustgründe	264
III. Der „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“	265
1. Der Begriff des Deutschen gemäß Art. 116 Abs. 1 GG	265
2. Die verfassungsrechtliche Stellung des „Deutschen“	266
3. Der Begriff des Statusdeutschen wird obsolet.	266

§ 56.	Die Gewährung von Auslandsschutz	266
I.	Das Schutzrecht des Heimatstaats gegenüber dem fremden Staat	267
1.	Der Begriff des Auslandsschutzes	267
2.	Staatsangehörigkeitsrechtliche Probleme des Auslandsschutzes	268
II.	Das Recht des Staatsangehörigen gegenüber seinem Heimatstaat auf diplomatischen Schutz	269
§ 57.	Die Rechtsstellung des Fremden	270
I.	Die allgemeine Pflicht zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindeststandards	270
II.	Fremdenrechtliche Regelungen im innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland	271
1.	Rechtsquellen des Fremdenrechts	271
2.	Der Grundrechtsschutz zugunsten des Fremden	272
a)	Die Gewährleistung der Menschenrechte	272
b)	Das allgemeine Freiheitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG	273
c)	Der Gleichheitssatz	273
d)	Die Frage des Grundrechtsschutzes für ausländische juristische Personen	274
3.	Das Recht des Fremden auf Aufenthalt	274
a)	Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels	274
b)	Die Beendigung des Aufenthaltsrechts	275
c)	Die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise	276
III.	Die Auslieferung	276
1.	Völkerrechtliche Aspekte	277
a)	Die Frage der Pflicht zur Auslieferung	277
b)	Die Einigung über die Auslieferung	277
2.	Das grundsätzliche Verbot der Auslieferung Deutscher	277
3.	Voraussetzungen und Schranken der Auslieferung	278
4.	Das Verfahren der Auslieferung	280
IV.	Das Recht auf Asyl	280
1.	Das Asylrecht im Völkerrecht	280
2.	Das Grundrecht auf Asyl im Grundgesetz	281
a)	„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“	281
b)	Die nachträglichen Qualifikationen des Grundrechts auf Asyl	284
3.	Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)	286
a)	Ziel und Rechtsgrundlagen	286
b)	Die materiell-rechtliche Regelung der Qualifikationsrichtlinie	287
4.	Das Asylverfahren	288
5.	Die Schwächen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems	289

17. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich zur Regelung grenzüberschreitender Sachverhalte 290

§ 58.	Die Kompetenz zur Regelung von Sachverhalten mit Auslandsberührung	290
I.	Die grundsätzliche Regelung der Sachkompetenz	290
II.	Beispiele für eine „sinnvolle Anknüpfung“	291
1.	Allgemeine Prinzipien	291
2.	Anknüpfungskriterien im Strafrecht	292

3. Anknüpfungskriterien im Zivilprozeßrecht	292
4. Anknüpfungskriterien im Steuer- und Wirtschaftsrecht	292
III. Die Achtung fremder Hoheitsakte	293
1. Das Problem	293
2. Fremde Hoheitsakte im Falle ausschließlicher Kompetenz des handelnden Staats	294
a) Die grundsätzliche Pflicht zur Respektierung des fremden Hoheitsakts	294
b) Die Ausnahme der Völkerrechtswidrigkeit des Hoheitsakts	294
c) Die Ausnahme des Verstoßes gegen den inländischen ordre public	295
3. Fremde Hoheitsakte im Falle nicht-ausschließlicher Kompetenz	296
a) Das Problem	296
b) Die Pflicht zur Interessenabwägung	297
c) Der völkerrechtliche Schutz des Individuums	297
4. Die Spaltungstheorie	298

7. Teil. Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland

18. Kapitel. Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten	299
§ 59. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit	299
§ 60. Das Gebot der Achtung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates	300
I. Der Souveränitätsaspekt	300
1. Das Recht auf Achtung der völkerrechtlichen Existenz	300
2. Das Recht auf Achtung der Ehre	301
3. Die Sicherung im deutschen Recht	301
II. Der Gleichheitsaspekt: Die Staatenimmunität	302
1. Die Immunität des fremden Staates	302
a) Die Staatenimmunität im gerichtlichen Erkenntnisverfahren	302
b) Die Staatenimmunität in der Zwangsvollstreckung	304
c) Die Stellung fremder Staatsunternehmen	304
d) Die Geltung der völkerrechtlichen Immunitätsregeln im deutschen Recht	304
e) Der fremde Staat als Kläger	305
2. Die Immunität fremder Staatsorgane	305
a) Die grundsätzliche Regelung im Völkerrecht	305
b) Ausnahmen des Immunitätsgrundsatzes	306
§ 61. Die Achtung der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit	308
I. Die Achtung der territorialen Souveränität	308
II. Die Achtung der Gebietshoheit	308
1. Der Grundsatz	308
2. Das Verbot grenzüberschreitender Einwirkungen	309
a) Das Verbot von Gewaltakten	309
b) Das Verbot grenzüberschreitender Immissionen	309

c) Das Verbot der Vornahme von Hoheitsakten im fremden Staatsgebiet	310
§ 62. Das Interventionsverbot	312
I. Die Rechtsgrundlage	312
II. Der Interventionstatbestand	312
19. Kapitel. Die völkerrechtliche Friedenssicherung	313
§ 63. Das System der völkerrechtlichen Friedenssicherung	313
I. Der völkerrechtliche Friedensbegriff	314
II. Das System der kollektiven Sicherheit	315
1. Die Entwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit bis zur Gründung der Vereinten Nationen	315
2. Das System der kollektiven Sicherheit in der UN-Charta	316
§ 64. Das Gewaltverbot der UN-Charta	317
I. Das in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta normierte Gewaltverbot	318
1. Art. 2 Nr. 4 UN-Charta als ius cogens	318
2. Der Gewaltbegriff in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta	318
3. Die Beschränkung des Gewaltverbots auf die „internationalen Beziehungen“	319
II. Ausnahme der „humanitären Intervention“?	320
III. Die verfassungsrechtliche Sicherung des Gewaltverbots	321
1. Die spezielle Vorschrift des Art. 26 Abs. 1 GG	321
2. Das geschützte Rechtsgut	322
3. Die verbotenen Handlungen	323
4. Die Rechtsfolgen	324
§ 65. Kollektive Maßnahmen der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen	325
I. Die kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta	325
1. Die Befugnisse des Sicherheitsrats	325
a) Die Kompetenz zu bindenden Beschlüssen	325
b) Die Anordnung nicht-militärischer Sanktionen	326
c) Die Anordnung militärischer Maßnahmen	326
2. Die Befugnisse der Generalversammlung	327
3. Regionale Systeme der kollektiven Sicherheit	327
II. Die „friedenserhaltenden Operationen“ der Vereinten Nationen ..	328
III. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedenssichernden Kollektivmaßnahmen der Vereinten Nationen ..	329
1. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an kollektiven Zwangsmaßnahmen	329
a) Die Teilnahme an Maßnahmen nicht-militärischer Art	329
b) Die Teilnahme an Maßnahmen militärischer Art	331
2. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an „peace-keeping operations“	332
§ 66. Das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung	333
I. Das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta	333
II. Militärische Terrorismusbekämpfung als Selbstverteidigung?	335
III. Kollektive Selbstverteidigung und Friedenssicherung	336
1. Kollektive Selbstverteidigung und Beistandspakte	337

2.	Der Nordatlantik-Vertrag	337
a)	Die Ziele des Vertrags	337
b)	Der organisatorische Aufbau der NATO	340
c)	Die Streitkräfte der NATO	340
3.	Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU	340
a)	Die Aufgabe	340
b)	Organisationsstrukturen	342
c)	Verhältnis zur NATO	342
IV.	Die verfassungsrechtliche Regelung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Bündnis	342
1.	Die verfassungsrechtliche Grundlage des Einsatzes deutscher Streitkräfte	342
a)	Regierungskompetenz und parlamentarische Kontrolle	342
b)	Die Funktion der „Feststellung des Verteidigungsfalles“ gemäß Art. 115 a GG	343
2.	Der Übergang von Kommandogewalt auf Organe der NATO	344
a)	Die verfassungsrechtliche Problematik	344
b)	Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	344
§ 67.	Die Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als regionales System der kollektiven Sicherheit nicht-militärischer Art	344
I.	Historische Entwicklung	344
II.	Aufgaben	345
III.	Organe	345
IV.	Besonderheiten	346
§ 68.	Die völkerrechtliche Repressalie	346
I.	Repressalie und Retorsion	346
II.	Voraussetzungen der Repressalie	347
III.	Innerstaatliche Voraussetzungen für die Durchführung der Repressalie	348
1.	Die Entscheidungskompetenz	348
2.	Die Vollzugskompetenz für einzelne Maßnahmen	348
a)	Maßnahmen im zwischenstaatlichen Bereich	348
b)	Der Vollzug durch Setzung staatlichen Rechts	348
c)	Sonderregeln der Europäischen Union	349
3.	Voraussetzungen und Grenzen des Vollzugs im innerstaatlichen Bereich	349
a)	Die Beachtung völkerrechtlicher Vorschriften	349
b)	Bestimmungen des Europarechts	349
c)	Bestimmungen des Verfassungsrechts	349
IV.	Die Retorsion	350
§ 69.	Abrüstung und Rüstungskontrolle	350
I.	Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung im allgemeinen Völkerrecht und im Grundgesetz	351
1.	Allgemeines Völkerrecht	351
2.	Die Haltung des Grundgesetzes	351
II.	Besondere Vertragspflichten der Bundesrepublik Deutschland	352
1.	Universelle Übereinkommen über Rüstungsbeschränkungen	352

2.	Rüstungsbeschränkung im Rahmen der OSZE	353
3.	Zwei-plus-Vier-Vertrag	353
§ 70.	Das Gebot der friedlichen Streiterledigung	353
I.	Die völkerrechtliche Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung	354
II.	Insbesondere: Die richterliche Streitentscheidung	355
1.	Richterliche Streitentscheidung und Staatenkonflikt	355
a)	Die Rolle der richterlichen Streitentscheidung im internationalen Konflikt	355
b)	Das Fehlen eines Obligatoriums	355
c)	Gericht und Schiedsgericht	355
2.	Die Streitentscheidung durch den Internationalen Gerichtshof	355
a)	Rechtsgrundlage und Zusammensetzung	355
b)	Die Zuständigkeit des Gerichtshofs	356
3.	Streitentscheidung durch Gerichte für bestimmte Sachbereiche	357
III.	Die Pflicht zur friedlichen Streiterledigung nach deutschem Recht	357
1.	Die allgemeine Pflicht zur friedlichen Streiterledigung	357
2.	Die Vorschrift des Art. 24 Abs. 3 GG	358
20. Kapitel.	Der internationale Menschenrechtsschutz	358
§ 71.	Rechtsgrundlagen und Verwirklichung des internationalen Menschenrechtsschutzes	358
I.	Die Rechtsgrundlagen	359
II.	Grundsätzliche Fragen der Verwirklichung von Menschenrechten im internationalen Bereich	360
1.	Die Konkretisierung universell garantierter Menschenrechte	360
2.	Die Kontrolle der Achtung der Menschenrechte	360
§ 72.	Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950	361
I.	Allgemeines	362
II.	Der Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten	363
III.	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	364
1.	Die Aufgabe	364
2.	Die Richter	364
3.	Die Entscheidungsgremien	364
IV.	Entscheidungsbegehren	365
1.	Arten	365
2.	Zulässigkeit der Beschwerde	365
V.	Das Verfahren	366
VI.	Die EMRK im deutschen Recht	367
1.	Allgemeines	367
2.	Die Rangproblematik	367
21. Kapitel.	Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz	370
§ 73.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	370
I.	Grundlagen	370
II.	Inhalt	370

III. Schranken	371
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes	371
§ 74. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz	372
I. Allgemeines	373
II. Die völkerrechtliche Regelung	374
1. Universeller Minderheitenschutz	374
2. Regionaler Minderheitenschutz	375
3. Bilateraler Minderheitenschutz	376
III. Minderheitenschutz in Deutschland	376
1. Begriffsbestimmung	376
2. Gesetzlicher Schutz bestehender Minderheiten	377
a) Bund	377
b) Bundesländer	377
Stichwortverzeichnis	379